

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

April 2024

# hauptstadt magazin



Willkommen  
auf dem  
Teufelsberg!



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



© dbb berlin

## Inhalt

<b>Personalratswahlen</b>	
Landesleitung stellt die Weichen	4
<b>Amtsangemessene Alimentation</b>	
BVerfG kündigt Entscheidung an	5
<b>Tarif</b>	
gkl Warnstreik	6
„Gelbes Herz“ vor dem Infarkt?	6
<b>Vollzugsdienst</b>	
Cannabisgesetz stoppen!	8
Masterplan für Maßregelvollzug gefordert	9
<b>Landesarchiv</b>	
Das Gedächtnis der Stadt	10
<b>Titelthema</b>	
Street-Art auf dem Teufelsberg	11
<b>Unterhaltung</b>	
Preisausschreiben	14
<b>PKV</b>	
Digitalisierung nimmt Fahrt auf	15
<b>Verschiedenes</b>	
Neue DJG-Spitze	16
Schriftform oder Textform?	16
Keine Steuern auf Soforthilfen	16

*Liebe Leserinnen,  
lieber Leser,*

endlich kommt etwas Bewegung in die unendliche Geschichte der amtsangemessenen Besoldung in Berlin. Das Bundesverfassungsgericht hat angekündigt, noch in diesem Jahr eine Entscheidung zu treffen. So wird wenigstens absehbar, wann das unwürdige Spiel um eine gerechte Bezahlung endlich ein Ende hat. Der entstandene Schaden ist schon jetzt immens: Abgesehen von dem nur schwer reparablen Vertrauensverlust bei den betroffenen Beamtinnen und Beamten ist auch der Imageschaden beträchtlich und konterkariert die dringende Nachwuchswerbung für den öffentlichen Dienst.

Es knirscht an vielen Stellen im Landesdienst. Im Maßregelvollzug etwa fehlt es nicht nur an Kapazitäten, sondern auch an klaren Zuständigkeiten. Die Justiz, die längst am Limit arbeitet, soll jetzt sogar noch Altfälle von Cannabismissbrauch wieder aufrollen. Ein klassisches Beispiel dafür, wie wenig die Politik sich um den Vollzug ihrer Bestimmungen schert.

Am 2. März findet alljährlich der bundesweite Tag des Archivs statt. Das hauptstadt magazin hat in diesem Jahr die Gelegenheit zu einem Besuch beim Berliner Landesarchiv genutzt.

Besucht haben wir außerdem den Teufelsberg, der sein Gesicht nach dem Ende des Kalten Krieges gewaltig verändert hat. An den Wänden der ehemaligen Abhörstation wird nämlich mittlerweile die europaweit größte Outdoorausstellung von Streetart präsentiert. Ein Besuch lohnt allemal.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

**Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

**Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

**Titelbild:** Sebastian Haase

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## Personalratswahlen 2024

# Landesleitung nimmt erste Weichenstellungen vor

Die Landesleitung des dbb hat bei einer Klausurtagung vom 22. bis 24. Februar in Hamburg erste grundlegende Weichenstellungen für die im Herbst anstehenden Personalratswahlen vorgenommen. Außerdem wurde ein Forderungspaket zur Reform der Wahlordnung erarbeitet.



© Thomas Gojny (2)

Sehr aufmerksam verfolgten die Landesleitung und einige Gäste die Beratungen.

Personalräte sind für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst von herausragender Bedeutung, nehmen sie doch direkten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in den Dienststellen wie auf Arbeits- und Gesundheitsschutz. Umso wichtiger ist es, dass die Gremien mit kompetenten und sachkundigen Personen besetzt sind.

Der dbb berlin macht deshalb seine Kandidatinnen und Kandidaten frühzeitig fit für das verantwortungsvolle Amt und begleitet sie auch während ihrer Amtszeit fortlaufend mit Schulungen zu aktuellen Fragen.

Das alles will natürlich sehr gut vorbereitet sein, weshalb die dbb Landesleitung schon im Februar die ersten Pflöcke für erfolgreiche Wahlen im Herbst eingerammt hat. Da wurden Mittel bereitgestellt, zum Beispiel für Schulungszwecke, Informationsbroschüren und Wahlveranstaltungen. Da wurde ein Terminplan aufgestellt, unter anderem zur Benennung von Wahlvorstandsmitgliedern, zur Vorstellung der dbb Kandidatinnen und Kandidaten und zur Fertigstellung des Informationsmaterials für die Wähler. Auch erste Überlegungen für das Motto der dbb Liste wurden bereits angestellt.

Die Kandidatenliste und das Motto sollen bei der Sitzung des dbb Landeshauptvorstands am 30. April

endgültig beschlossen werden. Bis dahin können die Mitgliedsgewerkschaften noch ihre Vorschläge einreichen.

## Wahlordnung wird novelliert

Sehr ausführlich hat sich die dbb Landesleitung bei ihrer Klausur in Hamburg auch mit der Wahlordnung zum Personalvertretungsrecht befasst, die noch vor dem Herbst reformiert werden soll. Die dbb Forderungen, die insbesondere auf eine Konkretisierung der Wahlhilfe für behinderte Menschen und auf Briefwahlmöglichkeiten durch Beschluss des Wahlvorstands abzielen, sind bereits dem zuständigen Finanzsenator Stefan Evers übersandt worden.

Auch die am 15. April in Berlin anlaufenden Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung standen in Hamburg auf der Tagesordnung. Die Landesleitung bedauerte die sehr zögerliche Bereitschaft junger Menschen, sich für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Umso erfreulicher, dass mit Kim Flader und Ann-Cathrin Horak (beide DSTG Berlin) zwei ausgezeichnete dbb Kandidatinnen für die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung bereitstehen, war sich die Landesleitung einig.

## Gleichartige Probleme der Stadtstaaten

Begrüßt wurden die Berliner Kolleginnen und Kollegen vom Vorsitzenden des dbb Hamburg, Thomas Treff. Der Hamburger dbb Chef skizzierte die Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit in der Hansestadt, wobei sich viele dbb Anliegen in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin als identisch erwiesen. Abweichungen gibt es hauptsächlich strukturbedingt.

Thomas Treff und Frank Becker (von rechts) stellen die Schwerpunkthemen ihrer dbb Landesbünde vor.



## Amtsangemessene Alimentation

# Endlich eine Perspektive!

**Endlich gibt es eine Perspektive in Sachen Rückkehr zur amtsangemessenen Alimentation in Berlin.**

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seiner Jahresübersicht angekündigt, dass sich der Zweite Senat noch in diesem Jahr mit der Frage beschäftigen wird, ob die A-Besoldung in Berlin in den Jahren 2010 bis 2015 verfassungswidrig war. Einen genauen Termin hat das BVerfG allerdings nicht mitgeteilt.

Seit fast zehn Jahren warten die Betroffenen in verschiedenen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A inzwischen auf eine höchstrichterliche Entscheidung, die die Höhe ihrer Bezüge in den Jahren 2010 bis 2015 als verfassungswidrig einstuft und das Land Berlin endlich zum Handeln, das heißt zur Nachzahlung der vorenthaltenen Besoldungsanteile, zwingt.

Die Entscheidung des BVerfG dürfte kaum überraschend ausfallen, denn bereits vor vier Jahren hat das Gericht die Richterbesoldung in Parallelfällen als verfassungswidrig erkannt und den Berliner Senat zu rückwirkenden Nachzahlungen an alle Betroffenen, die sich mit Rechtshelfen gegen die zu niedrige Besoldung gewehrt haben, verpflichtet (BVerwG – 2 BvL4/18 vom 4. Mai 2020).



© Udo Pöhlmann/Pixabay

Schon nach dieser Entscheidung hätte der Berliner Senat nach Ansicht des dbb berlin in seinem Reparaturgesetz vom 17. Juni 2021 nicht nur die Verfassungsverstöße in der Richterbesoldung beseitigen, sondern auch entsprechende Tatbestände in der A-Besoldung einbeziehen müssen. Stattdessen komme das Zuwarten des Senats auf das Urteil zur A-Besoldung „einem unwürdigen Spiel mit der Zeit“ gleich, welches das gegenseitige Dienst- und Treueverhältnis empfindlich belaste. ■

## Bessere Wahlvorbereitung in Berlin!

**Am 1. März 2024 hat in Berlin ein neu eingerichtetes Landeswahlamt seinen Dienst aufgenommen.**

Das neue Amt ist für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen in Berlin zuständig und soll den Landeswahlleiter unterstützen. Umgesetzt wurde damit eine Empfehlung der Expertenkommission „Wahlen in Berlin“, die der Berliner Senat nach den Wahlpannen von 2021 eingesetzt hatte.

Das Landeswahlamt bildet eine selbstständige Organisationseinheit innerhalb der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und hat seinen Sitz ebenfalls in der Klosterstraße 47 in Mitte. Es ersetzt die bisherige Geschäftsstelle des Landeswahlleiters, der jetzt dem

Landeswahlamt gegenüber weisungsberechtigt ist und damit die Wahlvorbereitung direkter und effektiver steuern kann.

Landeswahlleiter Stephan Bröchler erhält mit dem Landesamt ein breites und sicheres Fundament für eine professionelle Wahlorganisation, erklärte die Senatorin für Inneres und Sport, Iris Spranger.

Stephan Bröchler hat nach seinem Amtsantritt bereits die beiden Wiederholungswahlen in diesem und im vergangenen Jahr erfolgreich bestritten. ■



© Jan Brenner

gkl berlin

## Warnstreik und Demo vor dem Abgeordnetenhaus

Rund 150 Mitglieder sind dem Aufruf der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) zu einem Warnstreik und einer Demo vor dem Abgeordnetenhaus am 26. Februar 2024 gefolgt.

Die Demonstranten forderten, dass sämtliche durch den Arbeitgeber im Personennahverkehr verursachte Zeit auch zu 100 Prozent vergütet werden müsse. Der Pausenabzug dürfe 30 Minuten nicht überschreiten. Geteilte Dienste sollen künftig nur noch freiwillig und mit einem Zuschlag von mindestens 20 Euro und 30 Euro am Wochenende und an Feier-

tagen stattfinden. Weitere Forderungen der gkl berlin sind zwei zusätzliche Tage Erholungsurlaub, Einführung der Erfahrungsstufe 6, eine Ballungsraumzulage von 300 Euro sowie eine arbeitgeberfinanzierte Altersversorgung bei der BT Berlin Transport GmbH und mehr Geld für Lehrtätigkeit. ■

BVG/BT

## „Gelbes Herz“ vor dem Infarkt?

„Das BVG-Motto ‚Weil wir Dich lieben‘ mag zwar nach draußen passen, aber nicht in das Innere der Firmen BVG und BT“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der gkl berlin, Stephan Briesenick. Gegenüber dem hauptstadt magazin zeigt er auf, warum die gkl berlin am 26. Februar 2024 den öffentlichen Nahverkehr in Berlin bestreikt hat.

Nachdem der Auftakt der Verhandlungen zum TV-N Berlin am 29. Januar 2024 erstaunlich konstruktiv und vorausschauend verlaufen war, hat die gkl berlin Anfang Februar anders als andere Gruppierungen auf Streikaktionen zunächst verzichtet. Denn es sah ganz danach aus, dass zeitnah ein Angebot vorliegen und ein zweiter Termin anberaumt würde.

Dem war aber leider nicht so! Trotz Nachhakens keine Reaktion des Arbeitgebers. In einem Gespräch machte ich deshalb unmissverständlich klar, dass die gkler ohne einen zeitnahen weiteren Verhandlungstermin und ein konkretes Angebot zum Streik aufrufen würden.

Stephan Briesenick (links) spricht bei der Kundgebung; rechts neben ihm der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer



© Jan Brenner

## Provokanter Terminvorschlag

Dann kam auch ein Termin, der allerdings einem schlechten Witz glich, nämlich der 26. März 2024. Was für eine Provokation! An Arroganz und Selbstüberschätzung nicht zu übertreffen: kein Angebot und ein Termin weit im Frühling! Spätestens jetzt war klar, dass gestreikt werden musste. Also: Streikaufruf raus, Arbeitgeber informieren und erste Presseinterviews.

Am Streiktag selbst hielt der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer, eine bewegende Rede. Ich stellte in meiner Rede heraus, wie wenig das große gelbe Herz mit der roten Vene BT und der Werbeslogan, „Weil wir Dich lieben“ zu dem Inneren von BVG und BT passen.

## Kurz vorm Kollaps

Das größte Nahverkehrsunternehmen Deutschlands mit dem großen gelben Herzen steht nämlich

kurz vor einem Herzinfarkt. Denn neue, ja sogar langjährige Kollegen gehen ins Umland und suchen sich komplett neue Jobs. Sie sind es leid, dass ihre Dienste durch abzugsfähige 50-Minuten-Pausen künstlich verlängert werden; dass geteilte Dienste mit 2 Euro abgespeist werden; dass WCs auf den Strecken fehlen und Pausen bei Wind und Wetter im Freien stattfinden müssen. Und sie wollen sich nicht länger im Dienst bespucken, zusammenschlagen, überfallen, ja sogar beschießen lassen. Die Liste ließe sich noch beliebig erweitern.

Wenn Politik und Arbeitgeber BVG/BT keinen Herzstillstand wollen, tun sie gut daran, die gkl Forderungen – ich nenne es den gkl Medikamentenplan mit den dazugehörigen Arzneien – eins zu eins zu übernehmen.

Der Arbeitgeber muss endlich aus dem Muff der 90er heraus und sich auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, sie wertschätzen und pflegen. Denn wir sind es, die Berlin rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche und zwölf Monaten im Jahr mit Bus, U-Bahn und Tram am Laufen halten.

**Schaut endlich auf euer Personal!** ■

Trotz aller Warnungen aus dbb Fachgewerkschaften

## Cannabisgesetz passiert Bundesrat!

Noch bis kurz vor der entscheidenden Bundesratsitzung am 22. März haben der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) Berlin, die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) Berlin und die DPoIG Berlin den Berliner Senat aufgefordert, im Bundesrat gegen das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis zu intervenieren. Vergeblich! Die Cannabislegalisierung kann wie geplant zum 1. April in Kraft treten.

Neben gesundheitlichen Bedenken gegen das Gesetz hatten BSBD und DJG immense zusätzliche Belastungen der Justiz geltend gemacht, für die das Personal fehlt. Denn wegen der im Gesetz vorgesehenen rückwirkenden Amnestie dürften allein in Berlin circa 3.500 Altverfahren auf die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte zukommen.

Mit einem massiven Arbeitsanstieg müsse aber auch in den Justizvollzugsanstalten gerechnet werden, in denen der Konsum berauschender Mittel wie Alkohol und Drogen aus Sicherheitsgründen grundsätzlich verboten ist. Allerdings dürften die Drogenschmuggel nach einer Cannabislegalisierung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ein bisher ungekanntes Ausmaß erreichen. Zusätzlicher Personalbedarf für Drogenberatung und Gesundheitsfürsorge, aber auch für umfangreichere Kontrollen nach dem Ausgang und Urlaub von Gefangenen sei deshalb vorprogrammiert. Schließlich müsse auch ein Anstieg der Zahl der Suchtkranken befürchtet werden, die medizinisch betreut werden müssten. Zusätzlich würden Maßnahmen zur Suchtprävention und -behandlung notwendig.

Große Sicherheitsbedenken machen die beiden Gewerkschaften auch generell zur Legalisierung von Cannabis geltend, sofern keine medizinische Indikation vorliegt: Drogenkonsum spiele bei Straftaten eine große Rolle und die steigende Zahl psychisch auffälliger Inhaftierter sei nicht zuletzt auf unkontrollierten Drogenkonsum zurückzuführen.

Konkrete Hinweise, wie mit der geplanten Liberalisierung von Cannabis in der Berliner Justiz, insbesondere in den Haftanstalten, umgegangen werden soll, fehlten bislang vollständig.

### Entschiedener Widerstand auch bei der DPoIG Berlin

Auch die DPoIG Berlin hatte das Cannabisgesetz als unausgegoren, ideologiebehaftet und in sich widersprüchlich bezeichnet. „Letztlich eine Lizenz zum Töten“, so der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. „Wir lehnen das Gesetz ab; so kann es auf keinen Fall auf die Menschheit losgelassen werden“, lautet das eindeutige Fazit der DPoIG.

So seien die vorgesehenen Eigen- und gemeinschaftlichen Anbaumöglichkeiten geeignet, den Schwarzmarkt konträr zum Gesetzeszweck zu befeuern. Qualität und Abgabemengen wären völlig unkontrollierbar. Die DPoIG befürchtet außerdem, dass die

Organisierte Kriminalität mit einem ausgefeilten Vertriebsnetz aus Kleindealern auf die beabsichtigte Besitzmenge von 25 Gramm reagieren und hohe Einnahmen erzielen wird. Auch die sogenannten Konsumverbotsbereiche, etwa im Umfeld von Kitas, Schulen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen sowie Sport- und Spielplätzen, könnten kaum überwacht werden.

Schließlich sei nirgends verbindlich geregelt, wie weit die Verkehrstüchtigkeit durch Cannabiskonsum eingeschränkt werde. Mehr Verkehrsunfälle mit einer steigenden Zahl von Verletzten und sogar Verkehrstoten seien deshalb zu befürchten. ■



## Maßregelvollzug in Berlin

# Veraltete Strukturen, Kompetenz-wirrwarr und ungenügende Ausstattung

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Berlin hat einen Masterplan für den Maßregelvollzug in Berlin gefordert, der „Knasttourismus“ und „Fake-Sucht“ endlich einen Riegel vorschiebt. Vom BSBD Berlin wird die Forderung unterstützt.

Der Maßregelvollzug in Berlin hat in jüngster Zeit wiederholt für negative Schlagzeilen gesorgt: Kurz vor Weihnachten sorgte der gewaltsame Fluchtversuch eines Mitglieds einer bekannten arabischen Großfamilie aus dem Maßregelvollzug in Berlin-Buch für Aufsehen. Nur wenige Tage später wurde das diensthabende Personal von zwei verurteilten Straftätern angegriffen, verletzt und überwältigt. Die als gefährlich eingestuft Männer konnten aus dem Krankenhaus des Maßregelvollzugs in Berlin-Reinickendorf fliehen und erst Tage später wieder ergriffen werden. Anfang Februar schließlich hat die Ärztekammer unter Berufung auf einen Brandbrief mehrerer Abteilungsleiter Alarm geschlagen und vor einem „Kollaps“ im Maßregelvollzug gewarnt. In dem Brandbrief war der Maßregelvollzug als überbelegt, unterbesetzt, unterfinanziert und veraltet bezeichnet worden.

### DPoIG drängt auf schnelles Handeln

DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf mahnt in dieser Situation zur Eile: „Es bleibt keine Zeit mehr für bloße Willenserklärungen. Jeder Tag der Untätigkeit verschärft die Sicherheitsgefahr für die Berliner Bevölkerung.“

Unverzüglich in Angriff genommen werden sollte deshalb ein „Masterplan“, der ausreichend Mittel für aufgestockte Belegkapazitäten und mehr Personal vorsieht. Auch die Haftbedingungen und Therapiemöglichkeiten müssten dringend verbessert werden.

Insbesondere dürfe nicht länger hingenommen werden, dass verurteilte Straftäter ihren gelegentlichen Drogen- oder Alkoholkonsum als Vorwand für eine therapiebedürftige Einstufung missbrauchen, um eine Unterbringung im Maßregelvollzug zu erreichen. Sinn und Zweck dieser Täuschungsmanöver ist es, dem deutlich strenger regulierten allgemeinen Strafvollzug zu entkommen.

Schließlich will die DPoIG auch den „Knasttourismus“ nicht länger toleriert wissen. Freiheitsstrafen sollen wieder in dem Bundesland verbüßt werden, in dem die Straftat begangen und vor Gericht verhandelt wurde. In der Vergangenheit hatten immer

mehr rechtskräftig verurteilte Straftäter ihren Wohnsitz nach Berlin verlegt, um die als relativ milde und großzügig geltenden Haftbedingungen in der Hauptstadt für sich zu nutzen.

Ein Aufenthalt im Krankenhaus des Maßregelvollzugs, in dem psychisch Kranke und Suchtkranke in einem besonders gesicherten Rahmen behandelt werden, wird auch deshalb von weniger kranken Straftätern angestrebt, weil sie dort nicht länger der Justiz unterstellt sind und als „Untergebrachte“ und nicht als „Inhaftierte“ gelten.

### Zuständigkeit der Justizverwaltung ausweiten

Aber nicht nur wegen dieses Missbrauchs wird auf Länderebene angestrebt, den bislang bei den Gesundheitsbehörden angesiedelten Maßregelvollzug in den Justizvollzug zu integrieren. Es geht auch um eine bestmögliche Unterbringung und Behandlung der Erkrankten. So sind in vielen Fällen wirksame Drogensubstitutionstherapien im Berliner Maßregelvollzug nicht möglich, wohl aber im Justizvollzug. Auch eine psychologisch therapeutische Betreuung wäre in der Justiz aufgrund der bereits vorhandenen Strukturen einfacher. Umgekehrt könnten schwer psychisch kranke Menschen, die jetzt wegen fehlender Kapazitäten in der Justiz „verwahrt“ werden, schneller dem Maßregelvollzug zugeführt werden.

In beiden Bereichen fehlt es allerdings an Personal, adäquaten Unterbringungsmöglichkeiten und Ausstattungen, zeitgemäßen Sicherheitskonzepten sowie weiterführenden neuen Impulsen aus der Führungsetage, kritisiert der BSBD.



Behandlung hinter verschlossenen Türen im Maßregelvollzug





## Landesarchiv Berlin

# Das Gedächtnis der Stadt

Das Berliner Landesarchiv hat am 2. März, dem bundesweiten Tag des Archivs, seine Tore geöffnet und interessierten Besuchern Einblick in seine Magazine und seine Arbeitsweise gewährt.

Nicht weniger als 54 Kilometer Archivgut, unter anderem Gesetze, Karten, Fotografien und Filmrollen lagern in dem denkmalgeschützten Gebäude einer ehemaligen Waffen- und Munitionsfabrik am Eichborndamm, das das Landesarchiv seit 2001 beherbergt. Über 700 Jahre Stadtgeschichte ist hier dokumentiert.

Alles, was wichtig in Stadt und Land Berlin ist, landet hier und wird sorgfältig „für die Ewigkeit“ aufbewahrt. Die Behörden und Einrichtungen des Landes und der Bezirke sind sogar gesetzlich verpflichtet, alle nicht mehr benötigten Unterlagen nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist dem Landesarchiv anzubieten.

In der Praxis heißt das: Berge von Umzugskartons mit zu sichtenden und gegebenenfalls zu sichernden Material treffen regelmäßig beim Landesarchiv ein und werden dort zunächst an die für ihre Lagerung optimale, relativ niedrige Raumtemperatur gewöhnt. Währenddessen werden Schriftstücke von Heftklammern, Klarsichthüllen und Ähnlichem für die Archivierung befreit und auf ihre Archivwürdigkeit gesichtet.

## Beratung über Aktenführung

Letzteres erweist sich oft als kompliziert, weil die Aktenführung in den Behörden nicht einheitlich, sondern häufig sehr individuell betrieben wird, sodass zeitraubende Rückfragen und nachträgliche Erläuterungen nicht ausbleiben. Das Landesarchiv berät deshalb aktenführende Stellen auch gern darüber, wie ein sinnvoller Aktenplan aussehen sollte.

Alles, was vom Landesamt als „archivwürdig“ befunden wird, landet schließlich wohl verpackt in Spezialkartons in einem der 24 Magazine. Um welche Men-

gen es bei der Archivierung geht, wird deutlich, wenn man weiß, dass ein Magazin 6.000 laufende Meter Material enthält.

Schon aufgrund des enormen Gewichts der Magazine konnte das Landesarchiv die Räumlichkeiten der ehemaligen Fabrik im Jahr 2001 auch nicht ohne bauliche Veränderungen beziehen. Insbesondere die Decken mussten verstärkt und gleichmäßige klimatische Bedingungen zum Schutz des Archivguts in den Magazinräumen hergestellt werden.

Nutzen kann das Archiv jeder. Viele Tausend Anfragen werden jährlich gestellt – sehr häufig von Wissenschaftlern, Autoren und Verlagen.

## Unterstützung bei Ahnenforschung

Von Privatpersonen besonders gern nachgefragt werden Personenstandsunterlagen, die nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen in den Berliner Standesämtern ins Landesarchiv überführt werden. Konkret verbleibt das Sterberegister 30 Jahre, das Heiratsregister 80 Jahre und das Geburtenregister 110 Jahre beim Standesamt. Danach hat der in Sachen Ahnenforschung beim Landesarchiv gute Karten, wer bei einem der genannten Ereignisse weiß, wann und wo sie sich in Berlin abgespielt haben. Nicht immer läuft das allerdings reibungslos ab. In vielen Fällen sind wegen der Kriegs- und Nachkriegswirren keine Register mehr vorhanden. Bisweilen helfen dann Wehrmachtsarchive oder auch Kirchenbücher weiter.

Auf der Homepage des Landesarchivs <https://landesarchiv-berlin.de/> steht Interessenten ein digitalisiertes Namensregister für eine erste Recherche zur Verfügung. Auf der Internetseite kann man sich auch für weitere Nachforschungen vor Ort anmelden beziehungsweise einen Leseplatz buchen. ■



## Teufelsberg

Abendstimmung  
auf dem  
Teufelsberg

# „Es ist Zeit, kommt vorbei!“

**Mit diesen Worten lädt Maria Termoth, Marketingchefin des Teufelsbergs, alle Berliner und Gäste der Hauptstadt auf den Teufelsberg ein – der längst nicht nur bizarrer Zeuge der Nachkriegsgeschichte ist, sondern auch die europaweit größte Outdoorausstellung von Street-Art beherbergt.**

Auf und in den unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden der in Zeiten des Kalten Krieges errichteten einstigen Abhörstation von Amerikanern und Briten prangen heute über 300 Werke großenteils sehr namhafter Street-Art-Künstler.

„Die Ausstellung zeigt immer wieder ein anderes Gesicht, weil sie sich fortlaufend erneuert“, erläutert Maria Termoth ergänzend. Denn Vergänglichkeit ist ein Charakteristikum der Street-Art. An den Wänden im Außenbereich, die mit bis zu 270 qm große Darstellungen bemalt sind, sorgen schon die Witterungsverhältnisse für eine zeitlich begrenzte Lebensdauer. Aber auch in den geschützteren Innenräumen werden die meisten Kunstwerke nur ein bis zwei Jahre gezeigt. Ausnahmen bestätigen dabei allerdings die Regel.

### Werke berühmter Künstler

Von dem Meisterwerk des berühmten englischen Straßenkünstlers Dan Kitchener (siehe Abbildung nächste Seite) wird sich die Galerie wohl kaum verabschieden, ebenso wenig wie von dem Großbild

des US-Amerikaners Nick Flatt und seines deutschen Freundes Paul Punk (Abbildung nächste Seite). Beide haben sich übrigens auf dem Teufelsberg kennen und schätzen gelernt und leben in Berlin.

Wer mit wachen Augen durch Berlin geht, dem dürfte auch die Kunst von El Bocho nicht unbekannt geblieben sein. Seine Wandmalereien finden sich an vielen Orten der Stadt und sind wegen der darin verlaufenden Linien – sogenannten Drips – leicht zuzuordnen. Besonders deutlich finden sich diese Drips auf dem abgebildeten Bild aus der Teufelsberg-Galerie wieder.

Auch Großbilder bleiben meistens auf Dauer erhalten und werden von Zeit zu Zeit restauriert. „Das gebietet schon der kostspielige technische Aufwand bei Malereien, die ganze Häuserwände bedecken“, gibt Maria Termoth zu bedenken.

### Lange Warteliste

An Street-Art-Künstlern, die künftig gern mit einem Werk auf dem Teufelsberg vertreten sein würden,



Das Meisterwerk von Dan Kitchner dürfte eine lange Lebensdauer haben.

herrscht kein Mangel. „Wir haben eine meterlange Warteliste mit Künstlern aus aller Welt“, lässt die Marketingchefin wissen. „Ein Kurator wählt sehr sorgfältig aus, wer von ihnen zum Zuge kommt.“ Denn auf ein hohes Niveau legt die Galerie großen Wert.

Wenn hier und da trotzdem noch einige weniger sehenswerte Graffiti auf dem Gelände sichtbar sind, so stammen die noch aus der Zeit, als Wallpainters das brachliegende Gelände nach dem Abzug von Amerikanern und Briten im Jahre 1990 sehr schnell für sich entdeckt haben. „Insofern lässt sich zwar der Beginn von Wandmalereien und Graffiti auf dem Teufelsberg noch festmachen, nicht aber präzise, wann die Entwicklung des Areals zu einer professionellen Street Art Gallery ihren Anfang genommen hat“, erklärt Maria Termoth.

## Große Pläne

Und die Entwicklung setzt sich fort, auch wenn längst Werke weltbekannter Größen des Metiers auf dem Teufelsberg zu bewundern sind. Die seit

2022 amtierende Trägergesellschaft hat noch viel vor. So soll das weiträumige, nicht weniger als 17Fußballfelder umfassende Areal künftig noch besser genutzt werden, unter anderem mit einem speziellen Bereich für Kinder. Auch ein gastronomisches Angebot ist geplant, damit die Besucher sich nach ihrer Wanderung auf den Berg mit Speisen und Getränken erfrischen können. Schließlich soll auch der Geschichte des nach dem Zweiten Weltkrieg über einer Nazi-Militärakademie aufgeschütteten Trümmerbergs mitten im Grunewald noch stärker Rechnung getragen werden. Schon jetzt gibt es an Wochenenden nicht nur Führungen zur Street-Art-Ausstellung, sondern auch zur Geschichte des Teufelsbergs und seiner nicht unbedeutenden Rolle im Kalten Krieg. Mit der dort 1960 von Amerikanern und Briten errichteten Abhörstation konnte von Westberlin aus weit in den Ostblock hineingehorcht werden.

## Besondere Events

Auch besondere Events finden mittlerweile auf dem Teufelsberg statt – ganz abgesehen davon, dass die



Typisch für El Bocho: die Drops



Gemeinsames Großbild von Nick Flatt und Paul Punk

vorhandenen Räumlichkeiten auch für Großveranstaltungen wie Betriebsfeiern gemietet werden können.

Anfang März war ein Festival „Power of female Art“ ganz den Street-Art-Künstlerinnen gewidmet, die – wie in allen bildenden Künsten – deutlich unterrepräsentiert sind.

### „Street-Art meets Streetfood“

Am zweiten Maiwochenende soll ein weiteres Event „Street-Art meets Streetfood“ die Besucher

mit einem kombiniertem Augen- und Gaumenschmaus auf den Berg locken. Mit dabei sein werden dann auch die beiden Gewinner unseres Preisrätsels, die mit je einer Begleitperson zur kostenlosen Teilnahme von der Betreibergesellschaft des Teufelsbergs eingeladen werden.

Wer glaubt, die noch relativ junge Street-Art sei eine Angelegenheit der Jugend, ist übrigens auf dem Holzweg. „Besucherinnen und Besucher aller Altersklassen und – speziell an Wochenenden – auch sehr viele Familien besuchen unsere Ausstellung. Für Rollstuhlfahrer steht ein Aufzug bereit“, betont Maria Termoth. Thematisch ist der Bogen der Bilder auch so weit gespannt, dass jeder Besucher auf seine Kosten kommen sollte.

„Jeder“ ist auch das Stichwort für die Marketingchefin, um nochmals zu unterstreichen, dass die spannende Entwicklung auf dem Teufelsberg noch lange nicht zu Ende sein soll. „Wir haben noch viel vor! Noch 2024 sollte jeder Berliner einmal auf dem Teufelsberg gewesen sein!“

Nähere Einzelheiten zu einem Besuch der Ausstellung unter: [teufelsberg-berlin.de](http://teufelsberg-berlin.de)



© Guillermo S. Quintana

„Power of female Art“ auf dem Teufelsberg: Großbild der Künstlerin Amanda Arrou-tea



## Digitalisierung im Gesundheitswesen

# PKV startet Umsetzung

Mit der ersten Sitzung des Bundesrates im neuen Jahr und dem Beschluss der Digitalgesetze ist die Digitalisierung des Gesundheitswesens einen großen Schritt voran gebracht worden. Der Direktor des Verbands der Privaten Krankenversicherung, Florian Reuther, sieht große Chancen für die Gesundheitsversorgung in dem Projekt.

Denn die Digitalisierung verspreche nicht nur eine schnellere Kommunikation und effizientere Verwaltungsabläufe, sondern ermögliche auch die umgehende Bereitstellung von Patientendaten, wo sie gerade für eine gute und wirksame Behandlung benötigt werden.

Die Weichen für eine erfolgreiche Umsetzung werden in der PKV gerade gestellt, versichert Reuther. Per Online-Check-in sollen die Versicherten künftig ihre Daten an Arztpraxen übertragen können. Erste Unternehmen bieten bereits elektronische Patientenakten und das E-Rezept an, weitere werden 2024 folgen.

Die aktuelle Entwicklung kann fortlaufend auf den folgenden Informationsseiten des PKV-Serviceportals abgerufen werden: „Digitalisierung: Was Privatversicherte jetzt tun müssen“ und „Digitale Rezepte erhalten und einlösen“.

Auf der Agenda steht, so Reuther, auch in diesem Jahr das Thema „Beitragsentwicklung“, nachdem sich die allgemeine Finanzsituation deutlich verschärft hat. Die gesetzliche Krankenversicherung habe bereits zum 1. Januar 2024 mit einem spürbaren Anstieg des Zusatzbeitrags reagiert, führt Reuther dazu aus. Auch einige Krankenversicherer hätten die Beiträge schon zum Jahreswechsel anpassen müssen.

Generell belege allerdings ein Vergleich der Beitragseinnahmen der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und der PKV über die letzten 20 Jahre hinweg eine deutlich moderatere Beitragsentwicklung je Versicherten bei der PKV als in der GKV.

Reuther erwartet infolge des demografischen Wandels weiter steigenden Druck auf die GKV-Beiträge. Eine Antwort der Politik auf die Frage, wie die rasant steigenden Ausgaben des umlagefinanzierten Sozialstaates in den Griff zu bekommen seien, dränge mehr denn je. Mit Spannung bleibe daher abzuwarten, welche Vorschläge die Bundesregierung im Mai dieses Jahres vorlegen wird, um zumindest den kleinsten Sozialversicherungszweig, die Pflege, nachhaltig finanziell abzusichern.

## Umfangreiches Informationsangebot

Für alle Privatversicherten steht ein umfangreiches gesundheitspolitisches Informationsangebot zur Verfügung: Auf dem Serviceportal [privat-patienten.de](https://www.privat-patienten.de) kann man sich zu einem Newsletter anmelden und eine Vielzahl wichtiger Hinweise zu den Themen Arzt, Therapeut, Krankenhaus, Arzneien und Hilfsmittel sowie Pflege abrufen.



## Dezember-Soforthilfen müssen nicht versteuert werden

Bei der Veranlagung der Einkommensteuer für das abgelaufene Jahr entfällt eine ursprünglich vorgesehene Pflichtangabe. Dezember-Soforthilfen für Energie und Wärme, die im Dezember 2022 aufgrund hoher Energiekosten gewährt worden sind, müssen nicht mehr in der Steuererklärung 2023 angegeben und versteuert werden. Das hat der Bundesgesetzgeber kurz vor dem Jahreswechsel entschieden.

Zum Zeitpunkt der Gesetzesänderung waren die Vorlagen für die Einkommensteuererklärung 2023 allerdings bereits gedruckt. Insofern enthalten die entsprechenden Formulare noch die Abfrage des Bruttoentlastungsbetrags für 2023 in der Zeile 17 der Anlage SO.

### Christian Arnold ist neuer Vorsitzender der DJG Berlin

Der Gewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) Berlin hat Christian Arnold zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Cornelia Schulz, Klaus Großklaß, Ulf Mechers und David Bartetzko. Der frühere Vorsitzende Marcel Rose wurde zum Kassenwart gewählt.

### Wussten Sie schon, ...

... was der Unterschied zwischen Textform und Schriftform ist? – Bei der Schriftform ist eine Unterschrift erforderlich, bei der Textform nicht. Dies wiederum hat Auswirkungen bei vielen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB).